

Bis 1989 gab es in Sachen deutsche Einheit keinen Handlungsspielraum, weil es für eine Wiedervereinigung Deutschlands keine internationalen Rahmenbedingungen gab. Solche existierten lediglich für die Teilung; sie bestanden im stillschweigenden Einvernehmen der Sieger des Zweiten Weltkrieges, die deutsche Frage nicht zu lösen, sie vielmehr auf dem seit 1945/49 gegebenen Niveau einzufrieren und also die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht nur nicht anzustreben, sondern gerade zu verhindern. Unter diesen Umständen hatten die beiden deutschen Staaten bis 1989 keine Wahl, als den Status quo hinzunehmen und sich in ihm einzurichten. Den Kollaps der Rahmenbedingungen erkannt und den sich unerwartet öffnenden Handlungsspielraum genutzt zu haben, ist die bleibende Leistung der deutschen Politik in den Jahren 1989/90.

Ich möchte Ihnen diese These in drei Schritten plausibel machen, indem ich zunächst die internationalen Rahmenbedingungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges kurz erläutere, dann, zweitens, vor diesem Hintergrund den deutschen Handlungsspielraum ausleuchte, um schließlich, drittens, die Gunst der Stunde in den Jahren 1989/90 in Augenschein zu nehmen.

I. Die internationalen Rahmenbedingungen

Der Schlüssel zum Verständnis der internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit ist im Zweiten Weltkrieg, genauer gesagt: im deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zu suchen. Dieser und vor allem das, was ihm folgte – die deutsche Kriegführung sowie der rassenideologische Vernichtungskrieg, insbesondere gegen das europäische Judentum –, brachten zustande, was bis dahin als undenkbar zu gelten hatte: ein gemeinsames Vorgehen der Sowjetunion, Großbritanniens und seit dem Dezember auch der Vereinigten Staaten von Amerika gegen das Deutsche Reich.

Die Bezeichnung dieser unnatürlichen Allianz, in die 1945 auch Frankreich förmlich aufgenommen wurde, als „Anti-Hitler-Koalition“ hat ihren Grund: Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Hitler-Deutschland bildete so etwas wie den kleinsten, wenn nicht den einzigen gemeinsamen Nenner, auf den sich ihre Mitglieder verständigen konnten. Alles andere war heftig umstritten; und schon an der Frage, wie man einem deutschen Wiederaufstieg begegnen wolle, schieden sich die Geister. Also wurde die deutsche Frage nicht beantwortet, sondern auf Eis gelegt. Solange der Friedensvertrag ausstand, sicherte dieser Kompromiß denen, die ihn trugen, ein Mitspracherecht in der deutschen und damit in der wichtigsten europäischen Frage. Immerhin sollte dieser alliierte Kompromiß fast ein halbes Jahrhundert lang halten und nicht unmaßgeblich zur Stabilität der internationalen Ordnung während des Kalten Krieges beitragen.

In erster Linie war diese Ordnung eine sowjetische. Ihr Kern, die Westverschiebung Polens und die Zweiteilung des verbliebenen Deutschland, war die Reaktion auf das, was sich zwischen 1941 und 1945 auf sowjetischem Boden

abgespielt hatte und die Vorstellungskraft auch heute noch vor erhebliche Probleme stellt. Eine Modifikation der Nachkriegsordnung, etwa im Sinne einer Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten bis zur Oder-Neiße-Linie, wäre für den Kreml nur unter der Bedingung vorstellbar gewesen, daß sie mindestens die gleichen Sicherheiten bot wie das zwei- bzw. dreigeteilte Deutschland. So waren Stalins Initiativen vom März und April 1952 zu verstehen. Mit der festen wirtschaftlichen, politischen und schließlich auch militärischen Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft konnte die deutsche Einheit selbst unter den von Stalin formulierten Bedingungen kein Thema mehr sein.

Allerdings gab es in dieser Angelegenheit seit den ausgehenden 40er Jahren innerhalb der Anti-Hitler-Koalition faktisch keinen Dissens mehr. Zwar schienen die Westmächte während der 50er Jahre, etwa auf den drei Genfer Außenminister- bzw. Gipfeltreffen, die Wiederherstellung der deutschen Einheit aktiv betreiben zu wollen; zwar trugen sie dieses Ziel rhetorisch bis zum Ende der alten Ordnung mit: man denke nur an die Aufforderung Präsident Reagans an Generalsekretär Gorbatschow, das Brandenburger Tor zu „öffnen“; doch hatte der britische Staatsminister und spätere Außenminister John Selwyn Lloyd schon im Juni 1953 bilanziert, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands unter den Bedingungen des geteilten Europa „gefährvoll für alle“ wäre. Deshalb, so Lloyd 1953 weiter, fühlten alle, „die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir im Grunde unseres Herzens, daß ein geteiltes Deutschland zur Zeit die sicherere Lösung ist“.

Die Motive für diese Lagebeurteilung auf westlicher Seite waren unterschiedlicher Natur. Daß man in Frankreich wenig Neigung verspürte, einer Wiedervereinigung jenes Landes zuzustimmen, von dem man zwischen 1870 und 1945 drei Mal mit Krieg überzogen worden war, läßt sich ebenso nachvollziehen wie die Abneigung, die Rolle als Besatzungs- bzw. Kontrollmacht in Deutschland aufzugeben, damit natürlich ein wesentliches Fundament der französischen Großmachtpolitik aufzukündigen.

Ausschlaggebend für die westliche Haltung in der deutschen Frage waren indessen nicht die britischen oder französischen Interessen, sondern diejenigen der Vereinigten Staaten von Amerika. Zwei Tendenzen der Weltpolitik haben in den 50er und frühen 60er Jahren, und das gilt eigentlich bis 1989, dafür gesorgt, daß das Thema deutsche Einheit auch förmlich von der Tagesordnung abgesetzt wurde und abgesetzt werden mußte. Da waren einmal die dramatischen Entwicklungen in der außereuropäischen Welt, ich nenne sie nur mit Stichworten – in Korea, in der Straße von Taiwan, in Vietnam oder auch in Kuba; sie bildeten nicht erst mit dem Amtsantritt John F. Kennedys die „neuen Horizonte“ amerikanischer Außenpolitik.

Und dann, wesentlich folgereicher, gab es die nukleare Bedrohung, die spätestens seit dem 4. Oktober 1957 alles andere in den Schatten stellte: Hatten die Sowjets mit den Tests der ersten Atombombe im August 1949 und der ersten Wasserstoffbombe vier Jahre darauf noch auf den amerikanischen Vorsprung

reagiert, so konnten sie mit der erfolgreichen Beförderung des „Sputnik“ in eine Erdumlaufbahn vorübergehend die Führung übernehmen. Wer aber in der Lage war, einen Flugkörper in die Stratosphäre zu schicken, der besaß grundsätzlich auch die Fähigkeit zu einem interkontinentalen nuklearen Schlag, und das hieß: die Unangreifbarkeit des amerikanischen Kontinents gab es nicht mehr.

Angesichts dieser neuen Herausforderungen, angesichts aber auch der erneuten Zuspitzung der Berlinfrage seit dem Herbst 1958, einigten sich Washington und Moskau stillschweigend darauf, mit der deutschen Frage die eigentliche Ursache des Kalten Krieges auf dem spätestens 1955 erreichten Niveau einzufrieren und damit als akuten Spannungs- und Gefahrenherd weitgehend auszuschalten. Das war insoweit unproblematisch, als man sich hier auf dem Terrain ohnehin schon vollendeter Tatsachen bewegte.

Seit dem 13. August 1961 signalisierte die Berlin und Deutschland teilende Mauer auch dem, der es nicht wahrhaben wollte, daß die „Anti-Hitler-Koalition“ 20 Jahre nach ihrer Gründung dieses Provisorium nicht anzutasten, vielmehr die deutsche Frage endgültig zu marginalisieren gedachte. Wenn die Vier in den folgenden drei Jahrzehnten in dieser Angelegenheit noch einmal zusammenkamen, dann, wie im Falle des 1971 unterzeichneten sogenannten Viermächte-Abkommens, mit dem erklärten Ziel, den Status quo in neuer Form einmal mehr zu bekräftigen.

II. Der deutsche Handlungsspielraum

Angesichts dieser Rahmenbedingungen blieb den Deutschen keine Alternative, als sich auf den Boden der weltpolitischen Realität zu stellen und die Teilung als auf absehbare Zeit nicht überwindbares Grundelement der internationalen Ordnung hinzunehmen. Für die DDR war das insoweit keine Entscheidung von politischer Tragweite, als es keine Alternative gab: Von der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie im Görlitzer Vertrag des Juli 1950 bis zur Übernahme der sowjetischen Zweistaatentheorie fünf Jahre darauf hatte sie den Vorgaben der östlichen Vormacht zu folgen.

Für die Bundesrepublik war im Spannungsverhältnis zwischen dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung und dem dynamischen Trend hin zur internationalen Entspannung ein begrenzter Handlungsspielraum nur dann vorstellbar, wenn sie den unter Volldampf stehenden Détente-Express nicht nur nicht verpaßte, sondern auf ihn aufsprang. Das erkannt und die entsprechenden politischen Konsequenzen gezogen zu haben, ist das bleibende Verdienst Willy Brandts – Herr Vorsitzender, Sie haben bereits darauf hingewiesen.

Die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag aus den Jahren 1970 bzw. 1973, vor allem aber der am 21. Dezember 1972 unterzeichnete deutsch-deutsche Grundlagenvertrag verfolgten drei sich ergänzende Ziele: Einmal wollte die Bundesregierung ihren Beitrag zur Entspannungspolitik leisten; das gilt selbst-